

Kreisverwaltung Kassel	
Eing.	08. DEZ. 2011
Abt.	KTU / 160

DIE LINKE.

Herrn Kreistagsvorsitzenden
Andreas Güttler
Wilhelmshöher Allee 19 – 21

34117 Kassel

Per Telefax: 0561- 1003 – 1530

Kreistagsfraktion im
Landkreis Kassel

Dr. Christian Knoche
Markt 4
34369 Hofgeismar
Telefon: 05671 - 5541
Telefax: 05671 -40278

Hofgeismar, den 08.12.2011

Antrag zur nächsten Kreistagssitzung im Februar 2012
Sofortige Einstellung der Planungen betreffend Video-Überwachung der GHS Hofgeismar

Beschlußvorschlag:

1. Der Kreistag des Landkreises Kassel spricht sich grundsätzlich gegen jede Form von Video-Überwachung an den Schulen des Landkreises aus.
2. Der Kreisausschuß wird beauftragt, sämtliche Planungen vollständig einzustellen, an der Gustav-Heinemann-Schule in Hofgeismar eine Video-Überwachungsanlage zu installieren. Von dem Vorhaben wird sofort und ersatzlos Abstand genommen.
3. Die bislang eingeplanten Mittel werden der Schulsozialarbeit im Landkreis Kassel zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Video-Überwachungsanlagen an den Schulen sind keine adäquaten Mittel, um Vandalismus und Beschädigungen an kreiseigenen und / oder angemieteten Schulgebäuden entgegen zu treten. Eine Lösung des Problems muß an den Ursachen ansetzen, statt sogleich Orwell'sche Maßnahmen zu ergreifen. Aufsuchende Jugendarbeit, Beteiligung der Präventionsräte und Schulsozialarbeit sind wesentlich effektivere Mittel.

Auch rechtlich (insbesondere verfassungs- und datenschutzrechtlich) erscheint es höchst fragwürdig, Videoanlagen an den Schulen zu installieren. Die Schüler und Schülerinnen, die Lehrerschaft, Eltern und Dritte haben einen Rechtsanspruch auf Wahrung einer unbeobachteten Privatsphäre, auch wenn sie sich einem Schulgebäude nähern oder dieses erlaubt betreten, selbst wenn die Video-Anlagen erst nach Schulschluß angeschaltet werden.

Die an der GHS Hofgeismar geplante Maßnahme diskreditiert die gesamte Schule über die Stadtgrenzen hinaus als „Problem- und Vandalismus-Schule“. Das aber hat die GHS nicht verdient. Die Maßnahme stößt bei vielen Eltern und Schülern, aber auch in der Lehrerschaft auf Fragen, Kritik und Ablehnung. Das Vorhaben muß ersatzlos eingestellt werden. Die frei werdenden Mittel können sinnvoller für die Schulsozialarbeit im Landkreis eingesetzt werden.

Dr. Christian Knoche
Kreistagsfraktion

DIE LINKE.

